

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Betreiber keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Beizeile (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhirsdorf, Bretznitz, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlitzschena, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zugl. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 56

Dienstag, den 6. März 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Ueber das Vermögen der Firma **Wattierleinen-Vertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Bretznitz Nr. 127 K, Bezirk Dresden, wird heute am 5. März 1928, nachmittags 3 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Jentsch in Großhirsdorf wird zum Konkursverwalter ernannt.

R Konkursforderungen sind bis zum 20. März 1928 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Belassung der Bekanntheit oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigeraussschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 30. März 1928, vormittags 1/11 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte — Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas

schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 20. März 1928 anzeigen.

K 4/28

Amtsgericht Pulsnitz

Montag, den 12. März 1928

Viehmarkt in Pulsnitz

Ursprungszugnisse sind mitzubringen.

Pulsnitz, am 6. März 1928.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste

Wie der Reichstagsabgeordnete Dr. Oberhofen den „Kleiner Neuesten Nachrichten“ mitteilt, steht mit absoluter Sicherheit fest, daß der Auftrag für den Panzerjagdenbau, sobald er vom Reichstag bewilligt worden ist, an die Deutschen Werke in Kiel erteilt wird.

Der bekannte Berliner Kunstgalerist Hippmann wurde wegen Diebstahls von Altargemälden verhaftet.

„Paris Midi“ ist der Meinung, daß es so gut wie sicher sei, daß Stresemann und Briand in Genf Verhandlungen beginnen würden, die von entscheidenden Folgen für die deutsch-französische Verständigung sein werden.

Der deutsche Weltreiseführer Dr. Pelzer wird mit dem Norddeutschen Lloyd-Dampfer „Columbus“ am 10. März ab New York die Heimreise nach Deutschland antreten.

Nach den bisherigen Dispositionen wird für heute Dienstag eine Besprechung der fünf Mächte England, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan erwartet, auf der der Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten auf Abschluß eines internationalen Schiedsgerichtspatentes zum ersten Mal zur Erörterung gelangen soll.

Schafkötter Mellon stimmt der Eigentumsbill zu. Morgen soll die Bill vom Präsidenten Coolidge unterschrieben werden. Die amtliche Schätzung hat ergeben, daß die Zahlungen auf Grund der Vorlage den Budgetüberschuß um 52 Dollarmillionen vergrößern.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

(Kein Geld?) Die „Sächs. Evangelische Korrespondenz“ schreibt: „Wir ha'm kein — Geld, wir ha'm kein Geld, wir ha'm kein großes Geld, wir ha'm kein kleines Geld“ — diesen Wortlaut legten früher die Grenadiere des 2. Königl. Sächs. Grenadier-Regiments Nr. 101 in Dresden ihrem Paradeauszug unter, der ihnen in den Gliedern lag und in den Ohren klang. Wir ha'm kein Geld — das ist wieder einmal der ewige Gesang, den heiser jede Stunde singt: auf der Straße, in den Familien, in den Geschäften, bei den Behörden! Ach ja — wir haben kein Geld, die große Not zu lindern, ausreichende, über das Existenzminimum hinausreichende Löhne zu zahlen, ehrlich aufzuwerten, den Mittelstand zu retten, Wohnhäuser zu bauen! Da staunt man über die vielen gutgekleideten Damen und Herren, besonders über den Luxus, der mit Pelzen und mit seidenen Strümpfen getrieben wird, da staunt man über den guten Besuch der Theater, Kaffeehäuser, Kaffeehäuser, über die zahlreichen großen Bälle im Winter, über die überfüllten Feiern im Sommer, über das Gewimmel der vielen Menschen in den Seebädern und in den Kurorten der Berge, da staunt man über die kostbaren Auslagen in den mädchenhaft erleuchteten Schaufenstern der Geschäfte, die doch gar nicht bestehen könnten, wenn wir kein Geld mehr hätten! Da fragt man sich: Haben wir nun wirklich kein Geld oder haben wir doch noch Geld?

(Zur Beachtung für Radfahrer.) Bei dem Eintritt wärmerer Witterung nimmt auch der Fahrradverkehr auf den öffentlichen Straßen wieder einen größeren Umfang an. Infolge nicht vorschriftsmäßigen Fahrens verschiedener Radfahrer haben sich Unfälle in hiesiger Gegend wie auch auswärts zugetragen. Um nun in Zukunft solche Unfälle zu vermeiden, ist für jeden Fahrer unbedingt erforderlich, die Vorschriften der am 1. Oktober in Kraft getretenen Straßenverkehrsordnung einzuhalten. Es ist in der vorgeschriebenen Fahrtrichtung zu fahren und bei der Fahrt die rechte Seite der Fahrbahn einzuhalten. Das Einbiegen in eine andere Straße hat nach rechts in kurzer Wendung nach links in weitem Bogen zu erfolgen. Ueberall dort, wo es die Sicherheit des Verkehrs erfordert, hat der Radfahrer durch deutlich hörbares Glockenzeichen auf das Nahen des Fahrrades aufmerksam zu machen. Besonders ist auch das so oft bemerkte

Der Völkerbundrat tagt wieder

Zwei durchaus interessante Sitzungen
Der Kampf in Tirol nach der Mussolini-Rede

Genf. Die 49. Tagung des Völkerbundrates hat unter dem Vorsitz des columbianischen Delegierten Urutia mit einer geheimen Sitzung begonnen, in der 13 Punkte, darunter die auf der Tagesordnung stehenden drei Danziger Fragen über das Anlegen und Unterrecht polnischer Kriegsschiffe, die Indienststellung der Westplatte und die Rechtsstreitigkeiten zwischen den Danziger Eisenbahnen und der polnischen Eisenbahnverwaltung behandelt wurden. Der Rat erledigte außerdem verschiedene Fragen administrativer Natur und ging dann zur öffentlichen Sitzung über.

Die öffentliche Sitzung.

Den Vorsitz führte der Vertreter Columbias, Urutia. Die Ratsmitglieder sind in ihrer ersten Garnitur erschienen, also Stresemann, Chamberlain, Briand, Scialoja, Abatschi, Dandurand (Kanada), Jaleski (Polen), Titulescu (Rumänien), Tschenglosh (China), Prottop (Finnland), Deelaerts (Holland); Kuba ist statt durch seinen Berliner Gesandten Bethancourt durch seinen Pariser Gesandten Cespedes vertreten.

Verhandelt wurden die uninteressantesten Punkte des Programms: griechische Flüchtlinge und Gutheiligung des Jahresberichtes der Mandatskommission. Interessant wäre der letzte Punkt der Tagesordnung gewesen: der Erlass zweier Mitglieder der permanenten Mandatskommission; die Schwedin, Frau Bugge-Wickell, übrigens eine scharfe Feindin Deutschlands, ist gestorben und der Japaner Yamamoto hat demissioniert. Der Rat beschloß jedoch öffentlich nur die üblichen offiziellen Kundgebungen und behielt sich die Neubesehung der beiden Stellen für eine geheime Sitzung vor.

Behandlung des polnisch-litauischen Konflikts.

Auf die öffentliche Sitzung des Völkerbundrates folgte eine zweite geheime Sitzung. Chamberlain befragte den Berichterstatter über den polnisch-litauischen Konflikt, Deelaerts-Holland, über die Lage in dieser Angelegenheit. Der Holländer soll in einer der nächsten Sitzungen über diese Bericht erstatten. Der Inhalt dieser geheimen Sitzung, die bloß einige Minuten dauerte, wurde Wolbemas telegraphisch bekannt gegeben und ihm das weitere überlassen.

Danziger Fragen von der Tagesordnung des Rates abgesetzt.

Genf. Der Völkerbundrat hat in seiner Geheim Sitzung beschlossen, die Fragen der Danziger Westplatte sowie der Anlegung von polnischen Kriegsschiffen im Danziger Hafen von der offiziellen Tagesordnung der gegenwärtigen Session abzusetzen. Da das Dokument des Gutachtens des Haager Schiedsgerichts in der Danziger Eisenbahnfrage bisher in Genf noch nicht eingetroffen ist, wurde dieser Punkt, der ursprünglich verhandelt werden sollte, von der Tagesordnung abgesetzt und auf eine der nächsten Sitzungen des Rates verschoben.

Eine deutsche Saardelegation in Genf.

Genf. Die aus den Mitgliedern sämtlicher Parteien des Saargebietes bestehende Saardelegation ist in Genf eingetroffen. Die Delegation wird während dieser Tagung zum erstenmal mit der Delegation der deutschen Reichsregierung in Verbindung treten, um die enge Verknüpfung zwischen Reichs- und Saarpolitik zu unterstreichen.

Aufrollung der Untersuchungsfrage?

Der südslawische Außenminister Marinkowitsch

hat sich in einer Erklärung an die Presse dahin ausgesprochen, daß die Kleine Entente die S. Gotthard-Angelegenheit keinesfalls als eine Frage betrachte, die die Kleine Entente mehr interessiere als die anderen Mitglieder des Völkerbundes. Titulescu werde als Repräsentant der Kleinen Entente im Rat nicht etwa als Ankläger sprechen, er werde lediglich als Ratsmitglied im allgemeinen Interesse und im Interesse des Friedens das Wort ergreifen.

Man ist in Genf der Ansicht, daß Marinkowitsch weniger gegen Ungarn als gegen Italien eingestellt ist. Die Kleine Entente und Frankreich meinen eben öfter Italien, wenn sie Deutschland oder Ungarn sagen.

Nach der Auffassung maßgebender diplomatischer Kreise in Berlin wird die Verhandlung über die Anträge der Kleinen Entente wegen einer Investition gegen Ungarn in Genf wesentlich beschleunigt werden können. Da die Kleine Entente in ihrer Beratung am Sonntag keinen positiven Beschluß gefaßt hat, hält man die Möglichkeit zu allerlei Kompromissen für gegeben. Man bestreitet zwar noch, daß man evtl. statt einer Investition nur eine Enquete des Völkerbundrates beschließen und die Entscheidung auf den Juni vertagen werde. Es verlautet aber, daß Außenminister Dr. Stresemann bereits am Donnerstag Genf verlassen wolle, um an den Verhandlungen über das Arbeitsnotprogramm, die im Laufe dieser Woche im Reichstag zwischen den bisherigen Regierungsparteien wieder beginnen müssen, noch teilnehmen zu können.

Das „Journal de Geneve“ zur Untersuchungsfrage

Genf, 5. März. Das bekanntlich vielfach die Meinung maßgebender Völkerbundskreise wiedergebende „Journal de Geneve“ nimmt heute zu dem Untersuchungsantrag der Kleinen Entente gegen Ungarn Stellung. Das Untersuchungsproblem sei wenig glücklich verfaßt worden. Es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn die Initiative gegen Ungarn nicht von der Kleinen Entente ausgegangen wäre. Man müsse berücksichtigen, daß sich Ungarn seit langem in einem isolierten Zustande fortgesetzten Protestes gegen die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge befände. Aus dieser Situation heraus wäre die irtümliche Taktik der ungarischen Regierung in der letzten Zeit zu verstehen. Das Untersuchungsverfahren gegen Ungarn sei aber durch die Entwicklung in der letzten Zeit zu einer Angelegenheit von allgemeinem europäischen Interesse geworden. Wenn jetzt eine Untersuchung nicht stattfände, so wäre hierdurch die Zukunft der Abrüstung und des gesamten Systems der Sicherheit in Frage gestellt. Die Folgen einer Ablehnung der Untersuchung gegen Ungarn würden neue Schwierigkeiten auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung bedeuten. Alle nationalen Parteien Europas blickten jetzt auf den Völkerbund. Wenn der Völkerbund funktionieren würde, so würden sie schweigen, wenn er versagen würde, wolle ein Gewinn dann für die Nationalisten. Es würde dann nicht möglich sein, das französische Volk von der Notwendigkeit der Räumung des Rheinlandes zu überzeugen. Das „Journal de Geneve“ erklärt, es würde überraschend wirken, wenn Dr. Stresemann gegen die Untersuchung wäre, denn er würde sich hierdurch gegen die wahren Interessen seines Landes richten.

Das „Journal de Geneve“ vertritt wie üblich auch in der Untersuchungsfrage einen einseitigen französischen Standpunkt. Die deutsche Regierung hat bisher das Prinzip der Untersuchungen keineswegs abgelehnt, kann jedoch die Aufstellung des Untersuchungsapparates nicht für zweckmäßig erachten in einem Falle, dessen Geringfügigkeit in keinem Verhältnis zu dem Umfang des in Bewegung zu setzenden Untersuchungsapparates steht und dessen Mißerfolg unvermeidlich wäre.

In der gestrigen geheimen Vormittagsitzung des Völkerbundrates in Genf,

in der die Beratung der Danziger Eisenbahnfrage auf eine der nächsten Sitzungen des Rates in dieser Session beschlossen wurde, wies